

Krafsamer Zeitung.

Nr. 48.

Mittwoch den 28. Februar

1866.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsam 3 fl., mit Anhang 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., reb. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Anzeigen im Amtsblatt für die vierstellige Zeitzeile 5 Kr., im Anzeigebrett für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Sudweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoucen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Er. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Februar d. J. dem Kaufmann Leopold Friedrich Wanda in Anerkennung seines loyalen Wirkens das Ritterkreuz des Franz Josephs-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Februar d. J. dem Ministerial-Secretär im Staatsministerium August Freiherr v. Spens, bei seiner über sein Ansuchen erfolgten Versetzung in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner vielfährigen vorzüglichen Dienstleistung den Titel und Rang eines Sectionsrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Februar d. J. dem Bischofe von Varenza-Bola Dr. Georg Dobrila in Anerkennung seines für Kirche und Staat gleich erprießlichen ansehnlichen Wirkens das Ritterkreuz des Ordens der eisernen Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Februar d. J. dem Bischofe von Varenza-Bola Dr. Georg Dobrila in Anerkennung seines für Kirche und Staat gleich erprießlichen ansehnlichen Wirkens das Ritterkreuz des Ordens der eisernen Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Februar d. J. dem Bischofe von Varenza-Bola Dr. Georg Dobrila in Anerkennung seines für Kirche und Staat gleich erprießlichen ansehnlichen Wirkens das Ritterkreuz des Ordens der eisernen Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Februar d. J. dem Bischofe von Varenza-Bola Dr. Georg Dobrila in Anerkennung seines für Kirche und Staat gleich erprießlichen ansehnlichen Wirkens das Ritterkreuz des Ordens der eisernen Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Februar d. J. dem Bischofe von Varenza-Bola Dr. Georg Dobrila in Anerkennung seines für Kirche und Staat gleich erprießlichen ansehnlichen Wirkens das Ritterkreuz des Ordens der eisernen Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Februar d. J. dem Bischofe von Varenza-Bola Dr. Georg Dobrila in Anerkennung seines für Kirche und Staat gleich erprießlichen ansehnlichen Wirkens das Ritterkreuz des Ordens der eisernen Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat eine am Gymnasium zu Rovereto erledigte Lehrerstelle dem Gymnasialsupplenten zu Triest Franz Raab verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsam, 28. Februar.

Aus Pest, 26. d., wird tel. gemeldet: Gestern Abends fand eine glänzende Soirée bei Hofe statt. Heute Nachmittags beehrte Ihre Majestät die Kaiserin, von der Gräfin Königegg und dem Grafen Grenneville begleitet, die permanente Ausstellung des Pesther Kunstreuevereins mit einem Besuche. Ihre Majestät wurden vom Vereinspräsidenten, Grafen Em. Andrássy, dem Grafen Bela Festetics und sämtlichen Ausschussmitgliedern empfangen.

Die Audienz Ihrer Majestät aus Ofen wird, wie verlautet, erst Ende dieser Woche, wahrscheinlich Samstag, erfolgen. Der um einige Tage verlängerte Aufenthalt in Ofen soll dadurch motivirt sein, daß vor der Abreise noch einige Festlichkeiten und Empfangsabende am Hoflager zu Ofen stattfinden werden, wozu noch eine Serie von Eingeladenen, die wegen des Unwohlseins Ihrer Majestät der Kaiserin bei Hofe nicht erscheinen konnten, beigezogen wird.

In Ofen, schreibt man dem „N. Fremdenblatt“, beschäftigt man sich bereits seit längerer Zeit mit der Krönungsfrage, da man den Ausgleich bereits für gesichert hält. Man ist in maßgebenden Kreisen überzeugt, daß die Krönung ganz gewiß noch im heurigen Jahre vor sich gehen werde. Was den Ort anbelangt, an welchem die Krönung vor sich gehen soll, herrscht sowohl in Regierungskreisen, als auch bei den meisten Mitgliedern des Landtags die Ansicht, daß dies nur der Rakos sein könne, keineswegs die früher in Aussicht genommene Generalwiese, welche sich ihrer Lage nach zu einem feierlichen und großartigen Acte nicht eignet. Der Rakos war bekanntlich in früherer Zeit der Versammlungsort der Deputirten und es fanden einst daselbst die öffentlichen Landtage, Krönungen und Krönungsmahl statt. In Abgeordnetenkreisen ist es angeregt worden, daß die zum Krönungshügel erforderliche Erde durch eigens hiezu gewählte Deputirte an Ort und Stelle gebracht werden solle. Ueberhaupt ist man darauf bedacht, den Krönungsact in ganz besonderer Weise zu verherrlichen. Sämtliche Comitats und Städte Ungarns werden berittene Bänder zur Krönungsfeier entsenden, und schon jetzt schätzt man die Zahl der Berittenen, welche sich aus diesem Anlasse auf dem Rakos versammeln dürften, auf ungefähr 4000. So viel ist indes bestimmt, daß die Krönung jedenfalls auf dem Rakos stattfinden wird.

Die „Debatte“ enthält folgendes Dementi: Es schwirren gar sonderbare Gerüchte durch die Luft. Es werden unter Andern mit Bezug auf Ungarn Ministerlisten mit Angabe des Tages und der Stunde colportirt, in der sie die a. h. Sanction zu erhalten haben. Wie man nun uns versichert, ist es positiv, daß man in Regierungskreisen in diesem Augenblicke wenigstens noch weit entfernt ist, Ministerlisten zu vereinbaren. Alle Angaben entgegengelegter Natur erscheinen denn auch als rein aus der Luft gegriffen.

Ein Pester Telegramm des „N. Frdbl.“ vom 26. d. meldet: Vollkommen verlässlicher Quelle zufolge ist von einer baldigen Ernennung ungarischer Minister gar keine Rede. Alle drei hier circulirenden Ministerlisten sind vollständig erfunden. Das ungarische Ministerium ist wohl bereits im Princip gewährt, wird aber erst nach erfolgter Revision der 1848er Gesetze ernannt werden. Die croatische Adreßdeputation ist mit dem heutigen Schnellzuge nach Wien abgereist.

Ein Telegramm des „N. Frdbl.“ aus Pest vom 26. d. meldet: Das königliche Rescript auf die croatische Landtagsadresse lautet für Croatien günstiger als vermuthet wurde. — Man vermuthet, der neu einzuberufende dalmatinische Landtag werde angefordert werden, sich zuerst betreffs der Union Dalmatiens mit Croatien zu äußern.

Wie ein Bukarester Telegramm vom 26. d. meldet, ist Fürst Cusa unter Escorte über Kronstadt nach Wien abgereist. Der erste Act des an Bewicklungen reichen Drama's wäre somit zu Ende gespielt. Die eigentlichen Schwierigkeiten beginnen erst jetzt, hoffentlich wird es den Anstrengungen der Diplomatie gelingen, die Verwicklung auf friedlichem Wege zu lösen. Wie aus Constantinopel, 26., gemeldet wird, hat die Pforte ihre Gesandten bei den Großmächten telegraphisch angewiesen, gegen Beschlüsse derselben, welche den Rechten der Pforte auf die Donau fürstenthümer widersprechen würden, zu protestiren. Nach der „Deb.“ ist in Wien aus Constantinopel bereits eine Erklärung eingetroffen die ohne Zweifel gleichzeitig an die übrigen Unterzeichner des Pariser Vertrages vom 30. März 1856 ergangen ist, und worin die Pforte unter Wahrung ihrer Suzeränitätsrechte und gestützt auf den Pariser Vertrag gegen die tractatwidrigen Vorgänge in Bukarest Protest erhebt. Hiermit sei also bereits constatirt, daß die Pforte die Einsetzung eines Fürsten aus einem der regierenden Häuser Europa's nicht zulassen werde, und das ist allerdings der Kern der ganzen Frage; denn die Einsetzung eines Hospodars, der nicht geborner Unterthan der Pforte ist, sondern einer europäischen Dynastie angehört, wäre gleichbedeutend mit der völligen Loslösung der vereinigten Fürstenthümer von der Türkei und dies hinwieder würde unweifelhaft die Loslösung auch Serbiens und Montenegro's zur Folge haben. Wenn nun auch nichts über solche und ähnliche Ablichten der jetzigen Machthaber in Bukarest verlautet, so zeige sich doch die Pforte durch die Proclamation des Grafen von Flandern — dessen Ablehnung nunmehr officiell ist — beunruhigt. In dieser Besorgniß weist sie auf Art. 27 des Pariser Vertrages hin, die die Unterzeichner desselben selbst zu bewaffnetem Einschreiten verpflichtet, während Oesterreich, Frankreich und England überdies laut Separatvertrag vom 15. April 1856 solidariß verpflichtet seien, dafür zu sorgen, daß dieses Einschreiten nur zum Schutze der Integrität der Pforte geschehe. Zunächst aber treten die Mächte in Conferenz. Die Pforte hatte hierzu die Einladung ergehen lassen kraft der Convention von 1859, welche sie zur Ergreifung dieser Initiative ermächtigt. Frankreich sei für die Conferenz; in Wien liege bereits seine Kundgebung in diesem Sinne vor; ein Gleiches erwartet man dort mit gutem Grunde seitens Rußlands. An der Zustimmung dergleichen Mächte ist von vornherein kein Zweifel.

Auch das „Neue Fremdenblatt“ meldet, es stehe dem Zusammentritt der europäischen Conferenz, welche durch die letzten Ereignisse in Rumänien notwendig geworden, nunmehr kein Hinderniß im Wege. Rußland und Frankreich, deren Zustimmung man keineswegs gewiß war, haben sich bereit erklärt, auf der Conferenz zu erscheinen. Die Conferenz, heißt es in jenem Blatt, tritt, wie es im diplomatischen Style heißt, „baldmöglichst“ zusammen. Die Einladung zu derselben ging von der Pforte aus, welcher nach dem Pariser Vertrage die Initiative zur Berufung der Conferenz eingeräumt ist. Das Schriftstück, vermittelst welchem die Pforte die betreffenden Mächte zur Theilnahme an der Conferenz einladet, beginnt mit dem Proteste gegen die Vorgänge in Bukarest, an welchen sich die Erklärung reiht, daß die Pforte die Anerken-

nung der Wahl des Grafen von Flandern entschieden verweigere und daß dieselbe die von Europa sanctionirte Suzeränität über die Fürstenthümer strengstens aufrecht erhalten wolle. Die provisorische Regierung in Bukarest mußte wohl schon Kenntniß haben von diesem Proteste der Pforte, welchem Frankreich durch seine Billigung Gewicht zu verleihen beabsichtigt haben soll, und dies mag die Ursache sein, weshalb sie sich bereit, Cusa's Entfremdung zu bewerkstelligen und sich dessen freiwilligen Verzicht auf den Fürstenthum begünstigen zu lassen.

In Paris dürfte die telegraphische Nachricht vom Sturze Cusa's sehr mal à propos gekommen sein. Eben belehrten uns die Throure und die Senatsadresse, daß, trotz des Mangels aller Freiheiten, der Thron auf der Basis des allgemeinen Stimmrechts unerschütterlich feststehe. Jetzt beweist uns plötzlich das Ereigniß in Rumänien an einem sehr passenden Beispiele das volle Gegentheil. Auch Cusa war nach einem Staatsstreich auf Grund des allgemeinen Stimmrechts mit einer Majorität (683.000 gegen 1300 Stimmen) in seiner selbstgeschaffenen Position anerkannt worden, auch er hat liberale Institutionen auf materiellem Gebiete ins Leben gerufen, er hat sogar vor Napoleon noch das voraus, daß er nicht über eine Republik, sondern über ein feudales Wesen gewaltsam hinweggeschritten war. Und doch scheint der Fürst, soweit die innere Politik dabei maßgebend war, nicht durch die Reaction, sondern durch den Fortschritt gestürzt worden zu sein. Schon die Wahl eines belgischen Prinzen beweist dies, wenn auch vorausgesehen war, daß der Graf von Flandern die Krone ablehnen werde. Die „France“ bringt bereits einen aus officieller Quelle stammenden Artikel, der das Geständniß nicht vollständig unterdrücken kann, daß die Wahl Golebesco's, also eines vorgerückten Liberalen, in die provisorische Regierung über die Tendenz wenig Zweifel lasse. Dennoch scheint ihr die Revolution keinen demokratischen Charakter, sondern den des Sieges einer Palast- und Militärverschwörung zu tragen. Sie mag darin Recht haben. Die liberale Tendenz ist vielleicht nur vorgeschoben, um das Gelingen zu sichern. „Es ist evident“, heißt es in jener officieller Kundgebung, „daß alles, was in Bukarest gegenwärtig vor sich geht, ganz und gar provisorisch ist, und höhere Fragen implicirt, als die einer rein inneren Revolution.“ Mit andern Worten: die orientalische Frage ist wieder auf der Tagesordnung. Die „France“ erklärt es für durchaus unwahrscheinlich, daß die Pforte interveniren werde; zunächst würden die Signaturmächte einschreiten.

In Brüssel, schreibt man der „R. Z.“, hat die Wahl des Grafen von Flandern zum Nachfolger Cusa's eben kein besonderes Staunen erregt. Der rumänische Boden ist lange genug bearbeitet worden, um die Saat endlich zur Reife zu bringen. Seine Anwesenheit war vor etwa neun bis zehn Jahren ein Steckenpferd des Königs Leopold und wurden in Bukarest darauf bezügliche diplomatische Intriguen ausgeheckt, in deren Folge der Sultan dem Vermittler, Herrn Blondel de Goulenbroot, damaligen belgischen Minister in Constantinopel, seine Pässe zuschickte. Ob der Graf von Flandern heute noch gewillt sei, jenen wackeligen Thron, den Cusa's Verwaltung eben nicht befestigt hat, zu übernehmen, bin ich noch nicht im Stande, zu versichern; daß die heute getroffene Wahl in früheren Jahren mit den Wünschen des Prinzen übereingestimmt hätte, ist unzweifelhaft. Derselbe beabsichtigte in diesen Tagen nach Italien abzureisen, scheint jedoch diesen Ausflug verjagt zu haben, indem er, wie es heißt, demnächst nach Paris zu gehen gedenkt. Wie ein Berliner Telegramm vom 27. d. meldet, sind sämtliche belgische Gesandtschaften, sowie das belgische Consulat in Bukarest, auf telegraphischem Wege benachrichtigt worden, daß der Graf von Flandern die Wahl zum Fürsten von Rumänien definitiv ablehnt. Auch das „Dresdner Journal“ vom 26. d. enthält ein Telegramm aus London, welches meldet: der Graf von Flandern hat die Wahl der moldau-walachischen gefezgebenden Versammlung abgelehnt.

Der „Presse“ zufolge glaubt man in den diplomatischen Kreisen Wiens, daß das Streben, welches Fürst Cusa in letzter Zeit kundgab, sich unter die Protection Rußlands zu stellen, die frühere Zuneigung Frankreichs für ihn bedeutend abgehärtet und daß dieser Umstand die malcontenten Bojaren ermuntert habe, den Streich zu wagen, wofür sie jetzt sogar die Protection Frankreichs anzurufen gewillt seien.

Wie ein Belgrader Telegramm des „N. Frdbl.“ vom 25. d. meldet, hat Staatsminister Garaſcua in eine Vorstellung an die Pforte gerichtet, in welcher er an dieselbe das Ansuchen stellt, daß alle von den türkischen Truppen besetzten Orte Serbiens ge-

räumt werden mögen. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Pforte darauf eingeht.

In Wien wird ein neue diplomatische Aeußerung Preußens, Vorschläge über die Zukunft der Herzogthümer enthaltend, für einen der nächsten Tage erwartet. Man sagt, Preußen trete darin entschieden als je dem Gedanken der Errichtung eines neuen Kleinstaates in Norddeutschland entgegen. Ein langer, wohl aus einer andern als der Redactionsfeder herrührender Artikel, den die „Berliner Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht, dürfte darauf berechnet sein, auf die neueste preussische Gröfnung vorzubereiten. Wir entnehmen ihm folgende Schlusssätze: „Preußen formulirte seine Februarbedingungen. Oesterreich verwarf dieselben und das „Zwiel“, welches man in Wien in diesem Vorschläge zu finden bemüht war, daß wohl eigentlich als ein „Zwiel“ für österreichische Interessen aufgefaßt werden. Denn nachdem Preußen dann den Gasteiner Vertrag als das Mittel geschlossen, ein Arrangement herbeizuführen, welches der Bevölkerung der Herzogthümer eine regelmäßige Verwaltung gab und gleichzeitig dem Wiener Cabinet freie Hand ließ, sich mit Preußen über die Zukunft in angemessener Weise zu verständigen, scheint es, daß Oesterreich in seinen Forderungen allerdings einen unmöglichen Charakter annimmt, indem es nach dem Beispiel unserer Mittelstaatlichen Gegner nichts mehr oder nichts minder verlangt, als die Schwächung Preußens in erster und die Schwächung Deutschlands in zweiter Linie. Denn es bedarf keiner Auseinandersetzung, daß die Errichtung eines selbstständigen und dabei doch lebensfähigen und im Falle eines Krieges widerstandsfähigen Kleinstaates, dessen Besitz in Feindeshand gleichzeitig die Nordsee und die Ostsee bedroht und die ganze untere Elbe bis Magdeburg den Feinden preisgibt, eine Gefahr und eine Schwächung für Preußen und für Deutschland ist. Einen norddeutschen Großstaat würde es dann nicht geben, Oesterreich würde in Deutschland allein herrschen.“ Vom „Vaterland“ wird auf das Entschiedenste die Infimierung zurückgewiesen, als seien in Wien die preussischen Februarforderungen unter dem Gesichtspuncte eines „Zu wenig für die österreichischen Interessen“ aufgefaßt und darum verworfen worden. Es kann darunter nur gemeint sein, daß die Gegenanerbietungen Preußens hier zu gering erschienen wären. Preußen aber hat gar nichts geboten und unsere Regierung außerdem noch erklärt, daß sie jene Anerbietungen, zu denen nach den öffentlichen Blättern Preußen bereit wäre, nämlich Geld oder eine Ueberlassung fremden Eigenthums, über welches der preussischen Regierung gar keine Verfügung zusteht (die Donaufürstenthümer), zurückweisen müsse. Die Gefahren eines souveränen Kleinstaates im Norden hat, soweit sie wirklich vorhanden sind, andererseits unsere Regierung auch anerkannt und die Gasteiner Convention trug tiefen Bedenken Rücksicht. Die officiöse „Const. Oesterr. Ztg.“ weist ebenfalls den Artikel der „Nordd. Allg. Zeitung“ als den Ausdruck der lediglich gereizten Stimmung einer Partei“ zurück und fragt nebenbei, ob in der Consequenz der von der „Nordd. Allg. Z.“ vorangestellten Theorie nicht beizubehalten in erster Reihe auch Baden sofort aufhören müßte, ein selbstständiger Staat zu sein?

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Nachricht, daß die preussische Antwort auf die österreichische Depesche vom 7. Februar bereits abgegangen sei, wird von unterrichteter Seite als falsch bezeichnet. Wir wollen nicht annehmen, daß bei den vom österreichischen Gesandten plötzlich erbobenen Bedenken gegen die Abmachung der internationalen Copenhagenener Finanzcommission, welcher Preußen, Oesterreich und Dänemark bereits zustimmten, die Absicht im Spiele ist, Anlaß zur Agitation in den Herzogthümern gegen Preußen zu geben; es kann aber kaum fehlen, daß dieser Agitation hiedurch Vorschub geleistet wird.

Nach Berichten aus Kiel hat die holstein'sche Landesregierung in einer Eingabe an die Statthaltertschaft gegenüber den in der ritterchaftlichen Adresse gegen sie gehäuften Anschuldigungen um eine Untersuchung ihrer Amtsführung und eventuell um die Genugthuung einer öffentlichen Mißbilligung jener Kundgebung gebeten. Der Statthalter habe übrigens bereits in einer seiner Mißbilligungsfähigen Form alle bisherigen Beziehungen zu den Unterzeichnern der Adresse abgebrochen.

Zwischen Herrn v. Meyendorff und dem Cardinal Antonelli, schreibt man der „R. Z.“ aus Rom, ist es aus Anlaß des bekannten, aber in fast allen davon in Umlauf gesetzten Versionen übertriebenen Wortwechsels mit dem h. Vater zu weiteren

Schriftlichen Erörterungen gekommen. Hervorgehoben wurden dieselben durch die wegen der im nächsten Consistorium beabsichtigten Präconisation einiger polnischen Bischöfe gepflogenen Verhandlungen. Bei der Gelegenheit zeigte sich über die betreffenden Prälaten diesseits und jenseits so wesentliche Meinungsverschiedenheiten, daß man, um seine Ansichten und Gründe geltend zu machen, sich am Ende bald auf einem Boden principieller Divergenzen sah, welcher eine friedliche Verständigung unmöglich machte. In Petersburg hat das Allerhöchste Decret aus Neuem die Eindrücke zurückgelassen, so daß, wenn noch vor Kurzem die Zulassung eines päpstlichen Nuntius dort wahrscheinlich war, jetzt eher die schlimmsten Folgen von der eingetretenen Spannung zu beforgen sind.

Das „Journal de Bruxelles“ veröffentlicht zum großen Aerger des französischen Cabinets auf einmal die Note Antonelli's vom 19. November v. J. Daß der Papst beim Abzug der ersten französischen Truppenabtheilungen aus Rom noch einmal seine Meinung über den Liberalismus und das Königreich Italien kundgeben ließ, kann im Grunde nicht überraschen, ebensowenig, daß er die Forderung von Reformen in Rom für einen geradezu feindlichen Act gegen den h. Stuhl erklärt, wohl aber, daß gerade heute das durch seine Veröffentlichung des vielbesprochenen Rundschreibens Drouyns de Lhuys über die Gasteiner Convention zu Ansehen gelangte Brüsseler Journal diese Urkunde publicirt. Es scheint, daß die von der Pariser officiösen Presse so gründlich durchgesprochenen Enthüllungen des spanischen Rothbuchs und die daraus erwachsenen leisen Mißklänge zwischen Paris und Wien und die lauten zwischen Paris und Madrid die Veranlassung geboten haben. Das päpstliche Rundschreiben zielt direct auf eine Garantie durch die katholischen Mächte, und das ist ja das punctum saliens im Rothbuche.

Die Studien über den Betrag, welchen bei einem eventuellen Arrangement Italien von der päpstlichen Schuld zu übernehmen hätte, werden nun in Rom mit Eifer betrieben. Die auf die annectirten Provinzen treffende Quote würde Italien mit einem Capital von 404,088,000 Lire und mit den jährlichen Interessen von 20,204,431 Lire belasten. Dazu käme nach römischer Berechnung noch die Entschädigung von 120 Millionen für die vom Kirchenstaat seit 1859 fortbefristeten Zinsen jener 400 Millionen. Aus diesen Ziffern läßt sich das Strauben Italiens erklären, welches auf Rückerstattung nur vom Datum der Septemberconvention an eingehen könnte, und jedenfalls die übernommenen Pensionen u. dgl. in Abzug bringen würde.

Die französisch-italienischen Conferenzen zur Regelung der päpstlichen Schuld sollen in einigen Tagen in Paris beginnen. Das „Mem. Dipl.“ theilt mit, daß das Florentiner Cabinet aufgefodert wurde, zu diesem Zwecke bevollmächtigte Vertreter zu ernennen.

Die ministerielle „Stalie“ bestätigt, daß die Florentiner Regierung durch Beglaubigung von Gesandten bei mehreren deutschen Höfen die Anerkennungsfrage ins Klare ziehen will. Die Weigerung, die Gesandten zu empfangen, würde den Handelsvertrag wieder aufheben. Von einem einfachen Hinweggehen über die vermuteten Vorbehalte einiger deutscher Regierungen ist danach jedenfalls keine Rede.

Man erfährt aus Constantinopel, daß der Sultan den zwischen dem Vicekönig von Aegypten und der Gesellschaft des Suez-Canals abgeschlossenen Vertrag gebilligt habe. Dieser Vertrag wird in extenso in den politischen Act aufgenommen werden, dessen Bestimmungen diesfalls nach gemeinsamer Uebereinkunft festgestellt sind. Die Regierung des Sultans erwartet, um diesen definitiven Firman zu erlassen, nur noch die Arbeit der Commissäre, die nach Aegypten gesandt wurden, um das Gebiet zu bestimmen, dessen Besitz der kaiserliche Schiedsrichterspruch der Gesellschaft zusichert, und welches ihr auf der ganzen Strecke des maritimen Canals verbleibt. Nun haben aber die Commissäre in dieser Beziehung einstimmige Beschlüsse gefaßt und ihre Unterschrift unter einen Act gesetzt, durch den, unbedeutende Modificationen in Einzelheiten ausgenommen, die Ausdehnung des Terrains, welche der Schiedsrichterspruch des Kaisers zu Gunsten der Gesellschaft stipulirt hat, ihr definitiv erworben bleibt.

Die von der „Patrie“ gebrachte Nachricht, daß schon gegen Ende des Monats 5000 Mann der französischen Occupations-Truppen aus Mexico nach Europa zurückkehren dürften, wird vom „Mem. Dipl.“ zum wenigsten als verfrüht erklärt. Ohne Zweifel habe Baron Saillard die Mission, mit dem Kaiser Maximilian die Bedingungen zu vereinbaren, unter denen die Rückkehr der französischen Truppen sich vollziehen könnte. Die Mission des Baron Saillard kann aber nur als der Ausgangspunct der in Rede stehenden Verhandlungen betrachtet werden.

Wie aus New-York, 10. Februar, gemeldet wird, ist das Ansuchen des Hauses der Repräsentanten, ihm sämtliche Documente der Anklage gegen Jefferson Davis und Genossen vorzulegen, vom Präsidenten abgelehnt worden, nachdem der Attorney-General sowohl als der Kriegsminister sich gegen deren Veröffentlichung ausgesprochen.

Es liegt jetzt der Wortlaut des zwischen Peru und Chili abgeschlossenen, gegen Spanien gerichteten Offensiv- und Defensivvertrages vor. Die Contractanten verpflichten sich, die übrigen amerikanischen Staaten zum Beitritt zu ihrem Allianzvertrage einzuladen. Die Ratification des vom 5. December v. J. datirten Vertrages sollte spätestens binnen 40 Tagen erfolgen.

Auf Madagascar wurde die dem Herrn Lambert, welchem der König Radama auch einen Herzogtitel verliehen hatte, wieder abgekauft Concession oder Charte auf öffentlichem Plaz verbrannt. Damit ist

aller französische Einfluß auf Madagascar zu Ende. Es ist jetzt Sache der Engländer ihren Handelsvertrag mit der Königin Roloherina auszunutzen, und sich allmählig auf der Insel festzusetzen. Die Interessen des französischen Handels selbst werden dabei am besten fahren, da mit der Methode und dem Regime der Franzosen doch nichts zu erreichen war und ist.

Die „Gaz. Ev.“ erörtert die Vortheile, welche die Operationen der neu-concessionirten städtischen Hypotheken-Bank dem Lande bringen können. Außer den Darlehen auf städtische Realitäten und Einführung der Succursal-Cassen für Industrielle und Handwerker rechnet sie zu den wichtigsten Geschäften derselben die Escontirung von Wechseln, eine Thätigkeit, welche die Bank jedoch wohl nicht auf die kaufmännischen und Banquierwechsel beschränken, sondern die hauptächlich und hauptsächlich auf die Escontirung von Wechseln der Landwirthe sich ausdehnen werde, um so die sehr gewünschten Bodencredit-Banken zu ersetzen. Weiter wird sie sich mit Ertheilung von Darlehen auf ihre eigenen Pfandbriefe und andere öffentlichen österreichischen Papiere beschäftigen. Obgleich schon andere ähnliche Institute für diese letztere Operation bestehen, könne gerade die Concurrenz die Anleihen erleichtern, vielleicht auf die Herabsetzung der heute so sehr hinausgeschraubten Zinsfußes in-fluiren. Die Geldcirculation werde dadurch erleichtert und mit der Zeit trüge dies vielleicht zur Erhöhung des Curse unserer Pfandbriefe und Grundentlastungs-Obligationen bei, indem sie manchen vom Verkauf derselben abhält, der leicht und unter guten Bedingungen ein Darlehen auf so gut gestellte Papiere wird erlangen können.

† Krakau, 28. Februar.

Für weiland Se. Majestät den hochseligen Kaiser Franz I. wird am Freitag den 2. März l. J. um 10 Uhr Vormittag in der hiesigen Kathedrale die Sterbegedächtniß-Andacht abgehalten werden.

Landtagsverhandlungen.

In der gestern erwähnten, in der Sitzung des galizischen Landtages vom 23. d. in der Debatte über das Propinationsrecht abgegebenen Erklärung äußerte der Herr Regierung-Commissär, die wesentliche und beinahe einzige Grundlage des Modus der Ausübung des Propinationsrechtes sei der Miß oder die Geyflogenheit. Von diesem Grund-sage sei die Regierung unabänderlich bei der Hinausgabe der Vorschriften über die Behandlung der Propinations-Angelegenheiten ausgegangen. Die Commission definierte in ihrem Berichte das Propinationsrecht als ein Recht zur ausschließlichen Erzeugung von Bier, Brauntwein und Meth, und behauptet dabei, daß im ehemaligen Polen zur Propination auch das Recht der Erzeugung aller Branntweingeistungen und somit auch der verführten Getränke gebürt hatte. Diese Behauptung wird jedoch nicht genügend nachgewiesen. Die Steuerfassen aus dem J. 1805 weisen das Recht zur ausschließlichen Erzeugung und zum Ausschank verführter Getränke nicht nach, obgleich sie auch die Autorität für Rosoglio enthalten. Diese Fassen beweisen bloß, daß die Dominien auch Rosoglio produciren und dafür die Steuer entrichteten haben. Ebenso geschieht es auch jetzt; die Eigentümer der Propination haben das Recht der Erzeugung und des Ausschanks von Rosoglio, aber dieses Recht steht nicht ausschließlich ihnen zu, weil es niemals ausschließlich zu ihren Gunsten bestanden hat. Das Rundschreiben aus dem J. 1805 seht bloß eine gleiche Abgabe von 1 Garnez Aquavit und der verführten Getränke fest, und es ist in demselben von dem ausschließlichen Rechte zur Erzeugung der letzteren keine Rede. Die A. h. Verordnung vom Jahre 1837 sagt, daß sich in allen Fällen an die Geyflogenheit zu halten ist. An diesem Grundsatze hielten auch die Verordnungen vom Jahre 1834 und 1839 fest, welche die Bedingungen angeben, unter welchen die Städte ihre Propinations-Einkünfte verpachten dürfen. In gleicher Weise habe das Hofamtsdecret vom 30. Mai 1839 nur die Thatsache constatirt, daß das Recht des Kleinverkaufs von verführten Getränken in verschlossenen Gefäßen (Bouteillen) den Händlern zusteht, daß sie aber zum Detail-Verkauf in Gläsern ein förmliches Schankbefugniß haben müssen. Die Hauptaufgabe der Commission, wonach die Verordnung vom 2. August 1830 in irgend welcher Hinsicht das angenommene Princip geändert hätte, ist nicht richtig. Wäre dies der Fall, so hätten es die Eigentümer des Propinationsrechtes nicht unterlassen, das vermeintliche Unrecht schon früher zur Sprache zu bringen und nicht 26 Jahre darauf gewartet. — Weiter verwahrt der Redner die Regierung gegen den Vorwurf, als ob dieselbe das Propinationsrecht tendenziös durch geheime Anordnungen schmälerte. Der Vorwurf, die Regierung beabsichtige das Propinationsrecht im Allgemeinen zu untergraben, muß am so mehr auffallen als es Jedermann bekannt ist, daß die Erhaltung des Propinationsrechtes im unmittelbaren und mittelbaren Interesse der Regierung gelegen ist. Das unmittelbare Interesse betrifft das Einkommen aus den Cameralgütern, das mittelbare liegt in der Sorge für das Wohl der einzelnen Staatsbürger wenn auch nur aus dem Grunde, um ihnen die Entrichtung der Steuern möglich zu machen, und in der Sorge für das Wohl der Städte, deren hauptsächlichste Einnahmen aus dem Propinationsrechte herrühren. Auf das Detail übergehend, bemerkt der Redner, daß der Verkauf verführter Getränke in Bouteillen in den Gewölben niemals beanstandet wurde. Die Gewerbeordnung fenne aber keinen Unterschied zwischen größeren und kleineren

Handlungen. In Betreff des Handels en gros bestimmt das Hofdecret vom 3. October 1846, welches auch von der Commission citirt wird, im Interesse des Propinationsrechtes das Maß auf das Minimum eines Eimers in verschlossenen Gefäßen. Nicht minder erkennt auch die Gewerbeordnung vom J. 1859 den Großhandel mit Brauntwein als ein freies Gewerbe an, zu welchem keine besondere Concession erforderlich und welches bloß anzumelden ist. — In Bezug auf die Ertheilung von Concessionen zum Ausschank verführter Getränke hat die Regierung am 30. October 1860 eine Verordnung erlassen, in welcher sie die politischen Behörden darauf aufmerksam macht, daß nach dem Art. VIII des Patentgesetze zur Gewerbeordnung diese letztere auf das Propinationsrecht nicht angewendet werden kann. In diesem das Propinationsrecht während dem Sinne sind auch die Verordnungen vom 12. Mai 1862, vom 30. März 1862 und vom 1. März 1864 erlassen. Der Winkelausschank ist gesetzlich verboten und wird mit einer Geldstrafe von 25 bis 100 fl. geahndet. Es wäre unbillig, der Regierung eine Anlastung des Propinationsrechtes zuzumuthen; Ausschreibungen einzelner untergeordneter Organe soll man, falls sie sich ereignen nicht der leitenden Behörde zur Last legen, deren eifriges Bestreben es war und ist, das Propinationsrecht in seiner ganzen Ausdehnung aufrecht zu erhalten. Die Regierung wird übrigens die Anträge der Commission in Erwägung ziehen und den Beweis liefern, daß sie das Propinationsrecht schützt und diesen Grundsatze zu wahren nicht aufhören wird. (Bravo.)

Telegraphische Landtagsberichte.

Prag, 26. Februar. Die Regierungsvorlage in Betreff der Regelung des Sicherheitsdienstes auf dem flachen Lande wird an eine Commission von 9 Mitgliedern gewiesen. Hierauf Bericht des Ausschusses betreffs der Behandlung von Recursachen in Gemeinangelegenheiten. Die Majorität des Ausschusses beauftragt die Einlegung eines vom Landtage bei Beginn der Session zu wählenden 30-gliedrigen „Berufungscollegiums“ für die Dauer der Landtags-Session, welcher beendet werden soll und über die dem Landtage vorbehaltenen Berufungen gegen Beschlüsse der Bezirks-Ausschüsse und Bezirksvertretungen definitiv entscheidet. Die Minorität des Ausschusses beauftragt die Ueberreichung der Recurse an eine Commission von 21 Mitgliedern zu geschäftsordnungsmäßiger Vorberatung. Herbst erklärt den Antrag der Majorität als eine Aenderung der Landesordnung, die nicht zeitgemäß sei, und beantragt Zuweisung der Recurse-Entscheidungen an den Landesauschuss. Trojan will die Zuweisung der Recurse gegen den Bezirksauschuss an den Landesauschuss, gegen die Bezirksvertretung an den Landtag. Glat, Lev Yun stimmen für den Majoritäts-Antrag; Nieger beantragt: Entscheidung der Recurse durch den Landesauschuss, verstärkt mit den Stellvertretern in öffentlicher Sitzung. Der Regierungsvertreter Neupauer erklärt, der Antrag der Majorität und der des Abg. Nieger enthalten eine Aenderung der Landesordnung und verlangt demgemäß formelle Behandlung. Bei der Abtimmung wird der Herbst'sche Antrag mit dem Amendement Trojans, daß die bezüglichen Landesauschuss-sitzungen öffentlich sein sollen, mit 95 gegen 93 Stimmen angenommen. — Morgen Sitzung.

Pest, 26. Februar. Die nächste Sitzung der Deputirten-Tafel findet übermorgen zur Berichterstattung der Adreßdeputation statt.

In der Sitzung der Magnatentafel wurde die Adresse in ihrer endgiltigen Fassung vorgelesen und vom Präsidenten und dem Schriftführer Szlavy unterzeichnet. Der Präsident theilte hierauf mit, daß Se. Majestät die Deputation der Magnatentafel morgen um 1 1/2 Uhr empfangen werde. Die Mitglieder der Deputation, welchen sich nach Belieben auch die anderen Mitglieder des Oberhauses anschließen können, mögen sich daher nach 1 Uhr in der kgl. Burg einfinden.

Agram, 26. Februar. Folgende Repräsentationen an Se. Majestät kamen zur Verlesung: Eine Repräsentation mit der Bitte, daß sämtliche auf das Landesbudget bezügliche Verhandlungsacten dem Landtage übersendet werden; ferner eine Repräsentation wegen Nachlassung der Steuer-Rückstände in Croatien und Slavonien; ferner eine Repräsentation wegen Amnestirung Kwaternik's und anderer politisch Verurtheilter; ferner eine Repräsentation wegen Erhaltung der Alterthümer im Schlosse Cetin und eine Repräsentation wegen Erhebung des Essegger Gymnasiums in die Rangklasse. Hierauf wurde die Debatte über die Landtags-Wahlordnung beendet und wurde bestimmt, daß die Gesamtzahl sämtlicher Vertreter aus den 7 Comitaten Croatiens und Slavoniens 42 und aus allen königlichen Freistädten und Marktstellen 24 Abgelegten zu betragen habe; zugleich wird auf heute Abends 6 Uhr eine Plenarsitzung anberaumt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 26. Februar. Se. l. Hoheit Herr Erzherzog Karl Ludwig haben heute Vormittags in Vertretung Sr. l. Apostolischen Majestät Privat-audienzen ertheilt.

Der Herr Staatsminister hat, wie die amtliche „Prager Zeitung“ meldet, die Vertrauensadresse der Gemeindevertretung der Stadt Pzrlouc nicht entgegengenommen, weil dieselbe sich in eine Kritik von Regierungsmassregeln einläßt und hierdurch zu einer politischen Manifestation geschritten, welche in dem Wirkungskreise der Gemeinde-Vertretung nicht gelegen ist.

Der provisorische croatische Hofkanzler FML. Baron Kuslevics ist gestern früh aus Pest angekommen. Die croatischen Landtagsdeputirten Dr. Suha-

und Advocat Mrazovics, welche die Adresse des croatischen Landtags in Wien überreichten, sind mit dem gestrigen Pester Schnellzuge hier angekommen und im Hotel „zum König von Ungarn“ abgestiegen. Sie verweilen heute hier und reisen mit dem morgigen Schnellzuge der Südbahn nach Agram.

Dr. Pollak, der zum Vertreter Oesterreichs am internationalen Sanitätscongreß ernannt ist, hat den Auftrag erhalten, Donnerstag nach Constantinopel abzureisen.

Aus Prag, 26. d., meldet ein Telegramm des „N. Frdbll.“: Die Verfassungsfeier im deutschen Casino war großartig. Die Mehrzahl der Anwesenden bestand aus deutschen Abgeordneten und sonstigen Celebritäten. Schmeyfal's Toast auf den Kaiser betraf die deutsche Loyalität. Hasner brachte ein Hoch auf die Februar-Verfassung aus, modere auch der Körper, rief er, der Geist lebt fort. Herbst vergleicht den Reichsrath mit einem verzeigten Freunde, der wiederkommt. Es leuchtet ein Hoffnungsstrahl auf Wiederherstellung der dieleithanischen Verfassung, die Deutschen sympathisiren mit ihren ungarischen Brüdern. Er bringt ein Hoch den deutschen Landtagsabgeordneten, die an ihrem guten Rechte festhalten und trotz der Niederlage mit Siegermüthe einher-schreiten. Prinz trinkt auf das Wohl der Deutschen Oesterreichs. Zahlreiche Beglückwünschungs-Telegramme liefen während des Festes ein. Die Stadt Lubositz ernannte den Reichsraths-Präsidenten v. Hasner zum Ehrenbürger.

Nach einem Prager Telegramm der „Presse“ hat der akademische Senat am 25. Februar in Betreff des kaiserlichen Uuiversitäts-Antrages nach einem Entwurf des ad hoc gebildeten Comités ein Promemoria an das Staatsministerium abgeschickt, worin auf das entschiedenste betont wird, daß die Umgestaltung der Universität eine Reichsangelegenheit sei und vor Befragung der Facultäten nicht erfolgen könne.

Der Proceß der Frauuler Injuranten ist beendet: drei der auf Hochverrath Angeklagten wurden als Hochverräther zu 6, neunundzwanzig zu 5 Jahren verurtheilt, fünfzig aus Mangel an Beweis absolvirt und nur drei für unschuldig erklärt.

Deutschland.

Den nächsten und unmittelbaren Anlaß der plötzlichen Schließung des preußischen Landtags, bildete der „Elberf. Ztg.“ zufolge, der Commissionsantrag über den Staatsvertrag mit der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft. Gerne, meint der Correspondent, hätte die Regierung auch den in Aussicht stehenden Beschluß des Hauses in dieser Angelegenheit als unberechtigt und verfassungswidrig zurückgewiesen wenn nur auch andere Mächtelemente ihn in gleicher Weise zurückgewiesen hätten. Eine bessere Angelegenheit, die völlige Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit des Landtags darzulegen, hätte es ja gar nicht geben können, als der Hinweis auf den unveränderten Courstand der neuen Actien vor und nachdem Beschlüsse des Abgeordnetenhauses sie geboten hätte. Aber die Geldleute sind eigene Leute. Sie machen sich nicht gerne Angelegenheiten der Regierung gegenüber, aber auf ihre Kosten ersparen sie der Regierung auch keine Verlegenheit. So haben denn die Direction der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft und deren Verwaltungsrath an die Regierung die Erklärung gelangen lassen, daß sie einem Beschlusse des Abgeordnetenhauses in der Richtung der Commissionsvorschlüge gegenüber in der Nothwendigkeit sich verfehlt sehen würden, auf eine Rückgängigmachung des mit der Regierung gemachten Geschäftes zu bestehen. Diese Erklärung hat dem Hause den Boden ausgeglichen. Unbequem war das Haus schon lange namentlich auch nach Außen: man wartete nur auf eine Gelegenheit, es mit guter Manier loszuwerden: man hoffte, daß das Staats-ministerialschreiben vom 18. Februar es vielleicht selbst zu einem unüberlegten Schluß seiner Thätigkeit veranlassen würde. Als die Erklärung der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft nun gar zu guter Letzt noch ernste Schwierigkeiten in Aussicht stellte, da mußte dem verderblichen Treiben ein schnelles Ende gemacht werden.

Vom Erzbischof Sr. Ledochowski, der gegenwärtig in Rom weilt, ist beim Pönerer Domcapitel die Benachrichtigung eingetroffen, daß er vom h. Vater mit sehr wichtigen Arbeiten beauftragt sei und daher die Verwaltung der ihm anvertrauten Erzbischöflichen schwerlich vor Mitte Mai werde übernehmen können. Wie man hört, bestehen die dem Erzbischof Sr. Ledochowski übertragenen Arbeiten in der Ausarbeitung einer sehr umfangreichen Denkschrift über die gegenwärtige Lage des Katholicismus in den dem russischen Scepter unterworfenen ehemaligen polnischen Landestheilen, zu der das Material von polnischen Geistlichen geliefert wird, welche mit den kirchlichen Verhältnissen in Polen und Litthauen genau bekannt sind. Diese Denkschrift soll die Grundlage des feierlichen Protestes bilden, den der Papst vor Europa und der ganzen Welt gegen die Repressiv-Maßregeln der russischen Regierung in Polen und Litthauen zu erheben beabsichtigt. Außerdem soll diese Denkschrift an die katholischen Höfe übersandt werden, um sie zu einer ähnlichen Rundzunge zu Gunsten der russisch-polnischen Katholiken zu veranlassen. — Ferner soll man in Rom mit dem Plane umgehen, dem Erzbischof Sr. Ledochowski, wenn auch nicht die politischen, so doch die kirchlichen Rechte, welche dem Erzbischof von früheren Zeiten als Primas von Polen zukam und welche in einer gewissen Obergewalt über die polnische Kirche bestanden, zu restituiren. Um die polnische Bevölkerung auf diese Neuerung vorzubereiten, werden in der polnischen Tagespresse diese Rechte mit großer Genauigkeit nachgewiesen und der „Dziennik pozni.“ brachte unlängst mehrere päpstliche Bestimmungen aus früheren Jahrhunderten bei, durch welche den Erzbischofen von Gnesen auch das Recht, den Purpur

und alle Theile der Cardinalskleidung, mit Ausnahme des Hutcs zu tragen, beigelegt werden.

In Westpreußen, schreibt man der „Westpr. Ztg.“, mehren sich die von den Gutbesitzern oder Gemeinden an die königlichen Behörden gestellten Gesuche, ihren Gütern resp. Dörfern entweder die ursprünglichen, im Laufe der dreihundertjährigen polnischen Herrschaft über Westpreußen (bekanntlich von 1466 bis 1772) verlorenen gegangenen, deutschen Benennungen wieder beilegen, oder, wo selbige mit Sicherheit nicht mehr zu ermitteln, die gegenwärtigen polnischen Ortsnamen mit passenden deutschen vertauschen zu dürfen. So ist im Kreise Ebbau neuerdings dem Rittergut Mieczynel die ursprüngliche Benennung „Petersdorf“, dem Gute Wiczezewo die ursprüngliche Bezeichnung „Kirschenau“ und dem Bauerndorfe Szegankowo die frühere Benennung „Stephanendorf“ auf Antrag der Besitzer und der Gemeindevorsteher von der königl. Regierung zu Marienwerder, als der dazu berechtigten Behörde, wieder beigelegt worden. Ferner haben in demselben Kreise die Dörfer Bagno, Zacharczewo und Pacelowo an Stelle dieser polnischen Benennungen resp. „Ludwigslust“, „Zulendorf“ und „Klein-Pegelsdorf“ erhalten.

Frankreich.

Paris, 24. Februar. Wie es scheint, sollen die Bemühungen der Herrn Drouyn de Lhuys, Bailant und Duruy, ihren Kollegen von den inneren Angelegenheiten durch eine andere Persönlichkeit ersetzt zu sehen, schließlich doch zum Ziele führen und darf der Rücktritt des Marquis von Lavalette als im Princip beschlossene angesehen werden. Ob der gegenwärtige Präsident des Appellhofes, Herr Devienne, zu seinem Nachfolger ausersehen, ist dagegen heute noch wenigstens ungewiß, wenngleich derselbe das Vertrauen des Kaisers in besonderer Grade genießt und schon einmal, unter der Präsidentschaft, den Ministerposten des Innern bekleidete. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß durch Herrn von Lavalette's Ausscheiden auch die Stellung des Herrn Rouher, der ebenfalls wenig Freunde besitzt, einigermaßen erschüttert werde. — Bezüglich der übermorgen beginnenden Adreßdebatte im gesetzgebenden Körper soll Herr Rouher entschlossen sein, während der Generaldebatte seinem Redner zu antworten und dafür als Grund angeben, daß er sich notwendig wiederholen müsse, wenn zur Verathung der einzelnen Artikel übergegangen werde. Indes bleibt es zweifelhaft, ob die Philippiken des Herrn Thiers und Odier, von denen der letztere namentlich seinen Stachel gegen die jüngsten Verirrungen der Regierung richten wird, den Herrn Minister nicht doch zum Reden veranlassen werden. — Nachdem die beiden Jünger des Herrn de Girardin, die Herrn Duvernois und Vermorel, Mitarbeiter der „Revue Contemporaine“ geworden sind, welche seit Entzug der Regierungs-Subvention ebenso oppositionell ist, als sie vordem gouvernemental geglaubt war, wird Girardin selbst sich gleichfalls einer Revue zuwenden. Er wird in Gemeinschaft mit seinem Freunde Houffaye, dessen politische Ansichten, beiläufig gesagt, mit den seinen nicht eben übereinstimmen, eine „Revue du XIX. siècle“ gründen, deren erste Nummer am 15. März ausgegeben werden soll. — Prinz Napoleon hat bei der österreichischen Regierung anfragen lassen, ob ihm bei seinem Vorhaben, die römischen Alterthümer in Dalmatien zu besuchen, kein Hinderniß in den Weg gelegt werden. Der Prinz soll übrigens die Absicht hegen, Alles, was er hier besitzt, zu veräußern und sich für immer in Italien niederzulassen.

Die Linke des gesetzgebenden Körpers hat verschiedene Amendements zum Adreßentwurf eingebracht. Bezüglich der Herzogthümerfrage hat die Linke folgendes Amendement gestellt: „Allein, um dauerhaft zu sein, muß dieser Friede auf der Achtung des Rechtes beruhen. Wir können nicht sehen, daß man dieses Recht in Deutschland verleihe, ohne laut unsere Mißbilligung kundzugeben. Frankreich, das es sich zum Ruhm anrechnet, das Dogma der Volkssouveränität wieder hergestellt zu haben, ist es sich selber schuldig, gegen die Conventionen zu protestiren, in welchen die Gewalt über die Völker verfügt.“ Trotz der Betonung des Dogmas von der Volkssouveränität scheint es der Linken mit diesem Amendement dennoch nur um die alten Sympathien für Dänemark zu thun zu sein. Römische Frage: „Nach den feierlichen Erklärungen der Regierung hat Niemand das Recht, anzunehmen, daß sie an eine Beseitigung der September-Convention denke; sie würde aber dieselbe beseitigen, wenn sie fortfährt, selbst nur indirect den Willen des römischen Volkes zu unterdrücken. Wir müssen Rom verlassen, weil wir selbst, nach den Erklärungen der Regierung, uns dort nur widerrechtlich befinden. Zugesehen, daß die weltliche Herrschaft der einzige Schutz der religiösen Interessen sei, heißt die ewigen Wahrheiten zum Niveau der veränderlichen Nothwendigkeiten der Politik erniedrigen.“ Dieses Amendement ist nichts als ein vergeblicher Versuch gegen den Ernst, mit dem der Adreßentwurf die Nothwendigkeit der weltlichen Herrschaft accentuirt. Mexico: Wir verdammten die mexicanische Expedition schon in ihrem Beginne, indem wir auf die Verlegenheiten und die Opfer hinwiesen, die sie Frankreich bereiten würde. Das verwichene Jahr ward die Rückkehr unserer Soldaten feierlich angekündigt; wir bedauern, daß sie einen Aufschub erlitten hat, den die französischen Interessen nicht rechtfertigen. Das Volk hat die ersten Erklärungen der Regierung über die ersten Ursachen der Expedition nicht vergessen, und ist erstaunt, daß unsere Armeen heute zur Vertheidigung eines fremden Thrones bestimmt ist.“ Höchst bemerkenswerth ist folgendes aus die inneren Fragen Bezug nehmendes Amendement, welches nicht von der Linken, sondern von 36 Mitgliedern der Majorität ausgeht. Es lautet: „Die Stabilität ist nicht unvereinbar mit dem weisen

Fortschritt unserer Institutionen. Frankreich, fest geknüpft an die Dynastie, die ihm die Ordnung garantiert, ist es nicht minder an die Freiheit, die es als nothwendig zur Erfüllung seiner Bestimmung betrachtet. So glaubt auch der gesetzgebende Körper heute der Vollmacht des öffentlichen Gefühles zu sein, wenn er an den Stufen des Thrones den Wunsch niederlegt, daß Euer Majestät dem großen Acte von 1860 die ihm entsprechende Entwicklung geben. Eine Erfahrung von fünf Jahren scheint uns die Opportunität und die Zufömmlichkeit dieser Erweiterung bewiesen zu haben. Die Nation, durch Ihre freisinnige Initiative an die Leitung Ihrer Angelegenheiten geknüpft, wird mit voller Beruhigung der Zukunft entgegensehen.“

Ein Pariser Correspondent der „Gaz. narod.“ klagt über das unter den polnischen Emigranten in Paris herrschende Glend. „Sagt es laut —“ schreibt der Correspondent — „und vielleicht wird man euch dort Gehör schenken, daß die französische Regierung den Neuankommenden die Subsidien verweigert, daß in Paris das Leben zwar sehr anziehend ist, aber in einer Woche verfliehet, was bei uns auf Monate vollauf reicht; daß hier eine in Polen nie gekannte Krankheit grassirt — das Glend aus Mangel an Arbeit und daß die Emigranten von 1863 und 1864 nichts weniger als im Ueberflusse schwimmen. 15 Frs. pr. Monat für einen Gemeinen, 25 für einen Offizier und 35 für einen Schüler, das reicht kaum für die Miete. Und dieses bekommen nur die alten Emigranten, die vom Jahre 1864. Die Aushilfe von 20 Francs, welche die Zöglinge verschiedener Lehrinstitute von der französischen Gesandtschaft beziehen, wird nächstens aufhören.“

Schweiz.

Aus St. Gallen wird dem „Dien. Warz.“ vom 18. d. unter anderem geschrieben, daß der Präses des Kosciuszko-Vereins Dr. S. K. mit einer bedeutenden Geldsumme aus der Schweiz verschwunden ist. Außer dem Kosciuszko-Verein und dem unter Leitung der Fürstin Czerniewska, einer Anhängerin des „großen Mikroskopi“, in's Leben tretenden Demokratenverein, befindet sich in St. Gallen der Verein der Nächstenliebe unter dem Vorsitz des „Obersten“ Rogalin'ski, gewesenen Beamten der Warschau-Petersburger Bahn und Infectionsorganisations in Litthauen, ferner der Verein der gegenseitigen Unterstützung unter Vorsitz Trebicki's, gewesenen Präses des Kosciuszko-Vereins. Präses des letztgenannten Vereins ist gegenwärtig der Geistliche Szegeniowski, gewesener Organisations der Nationalgendarmerie in Litthauen bei Beginn des Aufstandes. R.'s Defraudation hat die dortigen Schweizer, von denen viele Mitglieder dieses Vereins waren, in hohem Grade entrüstet und sie erwarten mit Ungeduld eine genaue Rechnung über Verwendung der in der Bank gehobenen Summe. Im Canton St. Gallen halten sich gegenwärtig 89 Emigranten auf. Von diesen sind 23 Obersten, 19 Oberstlieutenants, 35 Majore, 8 Rittmeister (Gensd'armen), 2 Capitäne und 2 Unterofficiere. Gemeiner ist Niemand und ist auch wahrscheinlich in der ganzen Schweiz ein solcher nicht aufzutreiben.

Großbritannien.

Aus Dublin meldet der „Telegraph“, daß wieder ein Polizist von einem Fenier erschossen worden ist. Das Gescheh in Limerick durch einen Mann Namens Geary in dem Augenblick, als er ihn verhaften wollte. Von dem aufrührerischen Hausen in Tipperary, dem vor wenigen Tagen ein Polizist zum Opfer gefallen war, sind drei Rädeleführer zur Haft gebracht. In Dublin wurden unlängst Nachts achtzehn Personen in einer Kneipe verhaftet. Unter ihnen sollen sich zwei sogenannte „Centres“ (Häupter) und zwölf Soldaten der Garnison befunden haben.

Italien.

Der „R. Z.“ schreibt man aus Rom: In der neuesten Conferenz mit der mexicanischen Commission verständigte man sich über die Hauptpunkte der neuen Bisthumsorganisation. Die leitenden Ansichten des Entwurfs und der Geist, worin derselbe abgefaßt ist, als auch die deshalb geführten Unterhandlungen sind bezeichnend. Es ist einleuchtend, daß wenn man auch seitens der Commission die Idee eines Nationalbisthums daraus gab, man sich doch nicht auf den bloßen Entwurf einer Circumscriptionsbulle (d. h. über Umfang und Sitz der Bisthümer, Errichtung der Capitel, Detraction u. s. w.) beschränkte, sondern daß diesem eine dem entsprechende umfassendere allgemeine Grundlage vorausgeschickt ist, auf die er sich stützt.

Rußland.

Der russische Compofiteur, Staatsrath Alexander Sirow hat eine lebenslängliche Pension von 1000 S.-R. jährlich aus der Privataffassa des Kaisers Alexander erhalten. Der Lieutenant des 3. Cappelre-Bataillons Wasilowski ist vom Wilnaer Kreisgerichte wegen der gepflogenen Beziehungen mit den hervorragenden Anführern des polnischen Complottes in St. Petersburg, activer Theilnahme an der Sammlung revolutionärer Beiträge gegen Dittungen des sogenannten Warschauer Central-Comitès, Unterstützung durch Verbergung von Aufstandsgeschorenen Personen und Fälschung verschiedener amtlicher Documente, nach Verlust des Ranges, Abels und aller Standestrechte zu 4 Jahren schwerer Arbeit in Fabriketablissemens verurtheilt worden.

Donaufürstenthümer.

Der „Moniteur“ bringt über die Revolution in Bukarest folgende Nachricht: In der Nacht auf den 23. Februar ist in Bukarest ein Militäraufstand ausgebrochen. Eine Abtheilung Soldaten hat um vier Uhr Morgens den vom Fürsten Cusa bewohnten Palast überfallen; der Fürst hat seine Abdankung unterzeichnet und wurde als Gefangener behandelt. Eine fürstliche Statthalterkammer ist gebildet worden; sie besteht aus drei Mitgliedern: General Nicolaus Golebco, Oberst

Nicolaus Garalambi und Cascar Catargi. Man hat auch die verschiedenen ministeriellen Departements befehligt. Das neue Ministerium, dessen Vorgesetzter der ehemalige Fürst von Camos, Ivan Ghila, führt, hat den in Bukarest residirenden Vertretern der fremden Mächte die Mittheilung von der Abdankung des Fürsten Cusa gemacht. Abgesehen von dem Vorgang in dem Palaste wurde die Ruhe in der Stadt nicht gestört und die Sache ist ohne Blutvergießen abgelaufen.

Das „Frankf. Journal“ enthält nachstehendes Telegramm aus Bukarest vom 25. d.: „Nach einem verunglückten Fluchtversuch Cusa's hat die Regierung in der Nationalversammlung erklärt, die Freilassung Cusa's werde erfolgen, sobald sich derselbe zur Abreise ins Ausland bereit erklärt haben werde.“

Nach Brüssel soll eine Deputation an den Grafen von Blandern abgeandt werden, um denselben zur Annahme der Wahl zu bewegen.

Nach einem Wiener Telegramm hatten Nachrichten aus Bukarest zufolge die Großmächte den Conferenzvorschlügen zugestimmt und Constantinopel zum Conferenzort bestimmt.

Griechenland.

Die vulkanischen Erscheinungen im Golf von Santorin haben, wie aus Athen vom 17. d. gemeldet wird, ganz aufgehört. Die Regierung läßt jetzt durch eine wissenschaftliche Commission das durch einen vulkanischen Proceß aus der See aufgetauchte Geland näher untersuchen. Die kleine Insel Cameni, die sich während der vulkanischen Phänomene zu senken begann, steht jetzt fast ganz unter Wasser. In Tripolizza im Peloponnes wurde im Laufe der vergangenen Woche ebenfalls ein heftiger Erdstoß verspürt.

Amerika.

Johann Sutter, der Entdecker der kalifornischen Goldminen, der einjährige Besitzer von Millionen, ist auf den Bettelstab gekommen und bettelt jetzt bei der Regierung von Washington um einen Reisebetrag, da ihn das Heimweh nach dem schweizerischen Geburtslande treibt.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krajan, der 28. Februar. Gestern ging ein feister Hand über die Bretter der polnischen Bühne, die Neolshafen erklangen wieder, die wir schon verkannt gelaugt. Bei günstiger Brise wurde Briffar's Operette: „dix innocents“ (Niewinniki) vor dichtem Publikum gespielt. In den „Bouffes Parisiens“, deren Direction Offenbach erst kürzlich aufgegeben, ist die süße Anstalt in zehnjähriger Zahl zum ersten Mal aufgetaucht und endlich auch bis zur Wechselgebrungen, wo ihnen die „zehn Mädchen und kein Mann“ längst vorgekommen. Wenn Befehl des Wertiges Maß, dann feht Briffar in gleicher Reihe mit Offenbach. Schön ist, was schön scheint und um schön zu scheinen, dazu hat die Musik und das Sujet der unschuldigen Defade ganz das Zeug, sie bieten alle hentzutag so geschätzten Würgen. Wie ist auf die Rechnung des trefflichen Spieles und der guten Durchführung der Gesangsparthei zu setzen. Die Herren Benda, Schaczewski, die Frauen Napacka und Wodrejewska wurden wiederholt gerufen.

Wir unserer früheren den Vortrag des Wohlthätigkeitsballees betreffenden Notiz stimmt die genaue Rechnungsablegung, die der Generalrath des hiesigen Wohlthätigkeitsvereines (Präsident Dr. S. Szozowski und Secretär S. Gledock) jetzt veröffentlicht, im Gengen überein. Danach betrug das Gesamtvermögen des Balles vom 7. d. 273 fl. 50 kr. d. W., die Kosten 190 fl. 94 kr., so daß in die Armenkassen netto 82 fl. 56 kr. einfließen. An diese Veröffentlichung knüpft sich ein merkwürdiger Schriftwechsel. Die Direction hat an die Redaction des „Gaz.“ eine Zuschrift gerichtet, in welcher dieselbe in Folge ihrer „irrigem und ungenieigen Ausdrucksweise“ in Betreff dieses Balles (nämlich daß „er ganz und gar durchgefallen“), so zu sagen (nämlich gemacht) erlucht wird, nicht so leichten Zutritt Nachrichten über den Wohlthätigkeitsverein zu gönnen, die „manchmal vielleicht in gewisser Hinsicht ihm Schaden bringen können“, oder doch nöthigenfalls an der Quelle, d. h. im Bureau des Generalrathes genaue Auskunft zu suchen. Aus der Antwort des „Gaz.“ sticht ein Ton der Geringschätzung, den man nur einem Gegner gegenüber anschlägt. Das „ernte Journal“, wie er in seiner Zuschrift genannt wird, scheint auch hier wieder mehr zu wissen, als es sagt, aber nicht zu bedenken, daß halb Worte hier, wo es sich um ein so wichtiges Armen-Institut handelt, zu schwer ins Gewicht fallen, als daß nicht ein freies ganzes Wort, wäre es auch noch so hart, gemüthlicher wäre. Hier ist das ganze Publikum mit seinem wohlthätigen Groschen dabei theilhaftig. Der „Gaz.“ sage es gerade heraus, dann ist auch die Vertheidigung möglich. Er stellt dies in Aussicht, aber es muß bald geschähen, Krämpel, Waisen und Arme können nicht warten, und auf sie influirt solcher Fehltrick, der verächtlich, aber nicht einschüchtern. Er kenni ja sehr gut die Fabel von den Kindern und Fröschen: Erich ist es Spiel, und geht es auf's Leben.

Die ledige Dienstmagd A. K. hat zu Ende v. Mis. ihr 12 Tage altes Kind im Walde Roskowa unter Reifig und Moos vorläufig erstickt. Die unheimliche Mutter hat ihre That eingestanden und befindet sich in Haft. Die Untersuchung ist im Zuge.

In Worslaw hat, wie die „Rend. Ztg.“ meldet, am 21. d. Nicolaus Komar aus Mahjonster in einem Bergschachte, in welchen er ohne vorläufige Benützung und ohne Hülfen verabschiedet wurde, durch Erstickung den Tod gefunden.

Der Verwaltungsrath der k. l. priv. galizischen Carl-Ludwigbahn hat unterm 24. d. den gegenwärtig auf der ganzen Bahnstrecke sowohl zum allgemeinen als auch zum Militärs-Behöhrntarife bestehenden 5 Percent Abzugschlag vom 1. März l. z. anfangen, für Frachten-Transporte ganz aufzuheben, dagegen den Tarif für die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Gütern, dann des k. l. Militärs und der nicht als Fracht ausgegebenen Militärgüter um 2½ Percent herabgesetzt. Alle übrigen Nebengebühren bleiben auch ferner von diesem Aufschlage befreit.

Die „Gaz. Lwowolska“ meldet zur Notiz über die in Wien vorbereitete Garten-Ausstellung, daß auch in Lemberg eine ähnliche stattfinden werde; ein „Bauabzug“ geordnet, Botaniker und Gartenliebhaber, habe 10 Unzen in Geld bestimmt und auch noch andere Prämien erwartet werden.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Breslau, 27. Februar. Amtliche Notierungen. Preis für einen preussischen Zentner, d. i. über 14 Garnez, in preussischen Silbermarken — 8 kr. 5. W. — anber: Weiser Weizen 68 — 82, gelber 57 — 76. Roggen 54 — 56. Gerste 38 — 47. Hafer 25 — 31. Erbsen 64 — 68. Kaps (per 150 Pfund Brutto) 288 — 298. Wintererbsen (per 150 Pfund Brutto) 260 — 280. — Sommererbsen (per 150 Pfund Brutto) 204 — 226.

Wien, 27. Februar, Nachm. 2 Uhr. [Gaz.] Met. 60.90. — Nat.-Anl. 63.30. — 1860er Lose 79.30. — Bancaction 731. — Credit-Actien 143.10. — London 101.70. — Silber 101.50. — Ducat 4.85.

Berlin, 28. Februar. Böhmische Westbahn 69. — Gal. 76. Staatsb. 107.1. — Credit-Actien 100. — 5perc. Met. 59.7. — Nat.-Anl. 63.1. — Credit-Lose 75. — 1860er-Lose 78.1. — 1864er Lose 49.1. — 1864er Silber-Anleihe 66.1. — Credit-Actien 70.1. — Wien.

Frankfurt, 28. Februar. 5perc. Metall. — Anleihen vom Jahre 1859 68.1. — Wien 114.1. — Bancaction 840. — 1854er Lose 71.1. — Nat.-Anleihe 60.1. — Credit-Actien 165. — 1860er

Lose 78.1. — 1864er Lose 86. — 1864er Silber-Anleihen 67.1. — American. 72.1.

Hamburg, 26. Februar. Nat.-Anl. 62.1. — Credit-Act. 68.1. 1860er Lose 77.1. — American. feht. — Wien feht.

London, 29. Februar. Schilling-Gonfols 87.1. — Lomb. Gif.-Actien 167. — Silber 60.1. — Wien feht. — Türkische Gonfols 37.1. — Engl. Anleihe — — Amer. feht.

Brüssel, 26. Februar. Die Nationalbank hat den Discout für acceptirte Tratten und Darlehen auf Staatsbonds auf 4, für nicht acceptirte Handelleffecten auf 4½ pCt. festgelegt.

Paris, 26. Februar. Course von 1 Uhr Mittags: 3perc. Rente 69.30. — Credit-Mob. 677. — Lombard 400. — Staatsbahn — — Piem. Rente 61.40. — Gonfols 87.1. — Austr. Anl. feht. — Americ. feht.

Paris, 26. Februar. Caphscourse: 3perc. Rente 69.35. — 4perc. Rente 99.40. — Staatsbahn 401. — Credit-Mobiler 680. — Lombard 398. — Desper. 1860er Lose — — Piemont. Rente 61.40. — Desper. Anl. 246.25. — Gonfols 87.1. gemeldet.

Liverpool, 26. Februar. (Baumwollmarkt.) Umfah 15.000 Ballen. — Orleans 19. — Fair Dholl, 15.1. — Middl. Fair Dholl. 14. — Middl. Dholl. 13.1. — Bengal 12. — Dombra 15.1. — Georgia 18.1. — Pernam 14.1.

Leipzig, 24. Februar. Holländ. Ducaten 4.82 Geld, 4.88 Markt. — Kaiserliche Ducaten 4.86 Geld, 4.90 Markt. — Kaiserlicher halber Imperial 8.48 G., 8.59 Markt. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.55 G., 1.58 Markt. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.29 G., 1.30 Markt. — Preussischer Courant-Rubel ein Stück 1.51 G., 1.53 Markt. — Gal. Pfandbriefe in öst. W. ohne Coup. 62.02 G., 62.82 Markt. — Gal. Pfandbriefe in öst. W. ohne Coup. 64.94 G., 65.59 Markt. — Galiz. Grundentlastung-obligationen ohne Coup. 65.67 G., 66.47 Markt. — National-Anleihen ohne Coup. 64.50 G., 65.22 Markt. — Galiz. Carl-Ludwig-Gisenbahn-Anleihen 163.17 G., 165.50 Markt.

Krajaner Course am 27. Februar. Altes polnisches Silber für 100 fl. p. 115 vcl., 112 bez. — Vollwichtiges neues Silber für 100 fl. p. 124 vcl., 121 bez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons 100 fl. p. 100 fl. pol. 85 vcl., 83 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. fl. vcl. 616 vcl., 506 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. öst. W. 132 vcl., 129 bez. — Preuss. oder Reichsbank für 100 Thaler fl. ö. W. 133 vcl., 131 bez. — Preuss. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 99 vcl., 98 bez. — Neues Silber für 100 fl. öst. W. Währung 102.1 vcl., 101.1 bez. — Vollw. öst. Rand-Ducaten fl. 4.90 vcl., 4.80 bez. — Napoleons für 8.20 vcl., fl. 8.05 bez. — Russische Imperiale fl. 8.40 vcl., fl. 8.25 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst Coup. in ö. W. 64.50 vcl., 63.60 bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in ö. W. fl. 67.75 vcl., 66.75 bez. — Grundentlastungs-obligationen in öst. W. Währung fl. 68. — bez. 67. — bez. — Actien der Carl-Ludwig-Bahn, ohne Coupons und ohne Div. öst. Währ. fl. 156. — vcl., 152. — bez.

Neueste Nachrichten.

Dem „Gaz.“ wird aus Lemberg 27. d. Nachm. telegraphisch gemeldet: Die Anträge der Propinations-Commission, nebst den Amendements des Grafen Wodzicki wurden heute vom Landtag zum Beschluß erhoben. Der Regierungs-Commissar benachrichtigte das Haus, daß am 24. d. von der Statthalterei an alle Bezirksämter die Weisung erlassen wurde, bis auf weiteres die Ertheilung von Concessionen für den Ausschank verführer alkoholhaltiger Getränke zu sistiren.

Wesl, 27. Februar. „Lloyd“ will wissen, Deäl werde in der nächsten Sitzung der Deputirten-tafel einen Antrag auf Einsetzung einer Commission zur Ausarbeitung eines Vorschlages über die gemeinamen Angelegenheiten einbringen. Eine andere Commission soll beauftragt werden, einen Vorschlag über die Reihenfolge der dringendsten Agenden und der erforderlichen Commissionen auszuarbeiten.

Berlin, 27. Februar. Eine zahlreich besuchte Wahlmänner-Verammlung im dritten Berliner Wahlbezirk hat gestern Abend eine der Thätigkeit des Abgeordnetenhauses zustimmende Resolution angenommen.

Die „Kreuzzeitung“ hält eine Conferenz der Vertragmächte über die Donaufürstenthümer für unzeitweilig. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ entwickelt, daß Oesterreich, wenn es die Suprematie in Deutschland aufgabe, der ungarischen Krisis leicht ein Ende machen könnte.

Florenz, 26. Februar. In Messina wurde Mazzini zum Deputirten gewählt. In der Kammererziehung beantragt Marquis Bepoli die einfache Tagesordnung, indem er dafürhält, daß es nicht zweckmäßig sei, ein Urtheil auszusprechen. Scialoja erklärt, das Ministerium werde die Vertagung des Botums oder die Annahme der einfachen Tagesordnung mit einem Mißtrauensvotum gleichbedeutend betrachten. Die einfache Tagesordnung wurde mit 181 gegen 150 Stimmen verworfen, die von Lovito vorgeschlagene Tagesordnung, welche ein Urtheil über die Finanzgesetze sich vorbehält und dem Ministerium für die politischen und administrativen Verbesserungen das Vertrauen ausdrückt, wurde vom Ministerium und von der Kammer mit 181 gegen 142 Stimmen angenommen. Bei der abschließlichen Abstimmung über das provisorische Budget wurde der betreffende Gesetzentwurf mit 288 gegen 58 Stimmen angenommen.

Paris, 26. Februar. Bei der Deputirtenwahl im Departement der Marne wurde der Regierungs-Candidat Perrier mit 18,013 Stimmen gewählt; der Oppositions-Candidat erhielt ungefähr 11,000 Stimmen.

Paris, 26. Februar, Abends. Die Legislative begann die Adreßdebatte. Thiers bekämpft die innere Politik, reclamt die Privilegien der Presse, des Vereinswehens, verlangt Ministerverantwortlichkeit und Interpellationsrecht als ein für das Land nothwendiges Minimum. Latour spricht für den Adreßentwurf.

Bukarest, 26. Februar. Die Verhafteten, 23 an der Zahl, wurden mit Ausnahme Liebrechts auf freien Fuß gesetzt. Ruhe und Ordnung sind nicht gestört worden.

Telegraphischer Landtagsbericht.

Prag, 27. Februar. Regierungsvertreter Statthaltereirath Bach macht bei Eröffnung der Sitzung die Mittheilung, daß Se. Majestät der Kaiser mit Allerhöchster Entschliesung vom 21. d. Mts. den Schluß der Session des Landtages am 15. März angeordnet hat.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Voczek.

R. I. Theater in Krakau. Heute: Zum Benefice des Herrn v. Koschansky: in erster Reprise „Die schönen Weiber von Georgien“, tomische Oper von Offenbach.

Rundmachung. (228. 2)

Erkenntnis.

Das l. k. Landes- und Preßgericht in Benedig hat mit dem Erkenntnis vom 7. Februar d. J. 3. 1684 die Druckschrift: „Per le nozze Anelli Brocchetti di Desengano, Mantova tipografia Benvenuti rappr. da E. Caranenti“ wegen Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe § 65 a. St. G. verboten.

L. 2658. Obwieszczenie. (220. 2-3)

W szkółkach drzew do gminy miasta Krakowa należących znajduje się znaczna ilość drzewek do rozdania zdanych, a mianowicie:

- a) Kasztany 5letnie 1 sztuka po 20 kr., 100 sztuk zlr. 15. Kasztany 5letnie 1 szt. po 10 kr. 100 szt. zlr. 9. z czerwonym kwiatem 1 szt. 1 zlr. z czerwonym kwiatem 1 szt. 75 kr. b) Jasiony 10letnie 1 szt. po 20 kr. 100 szt. zlr. 15. 1letnie 1 szt. po 15 kr. 100 szt. zlr. 12. 4letnie 1 szt. po 10 kr. 100 szt. zlr. 9. c) Jawory 1letnie 1 szt. po 15 kr. 100 sztuk zlr. 12. 5letnie 1 szt. po 10 kr. 100 sztuk zlr. 9. d) Akacje 5letnie 1 szt. po 10 kr. 100 sztuk zlr. 9. 4letnie 1 szt. po 5 kr. 100 sztuk zlr. 4. e) Lipy 8letnie 1 sztuka po 15 kr. 100 sztuk zlr. 12. 1letnie 1 sztuka po 10 kr. 100 szt. zlr. 9. f) Morwy (wysokopienne) 1letnie 1 szt. po 15 kr. 100 sztuk zlr. 12. Morwy (wysokopienne) 7letnie 1 szt. po 6 kr. 100 sztuk zlr. 2. Morwy (nieprzesadane) 5letnie 1 szt. po 2 kr. 100 sztuk zlr. 1 w. a.

szkoła do sprzedania. Życzący sobie takowych nabyć, zechcą się zgłosić do Magistratu kr. gl. miasta Krakowa w departamencie V, lub też do ogrodnika miejskiego p. Johna przy plantacyach obok szpitala św. Duchy mieszkającego.

Drzewka te kilkakrotnie przesadzane, a przez to do przyjęcia łatwe, przez taniosc swą, zalecają się szczególnie gminom wiejskim, na których prawny obowiązek obsadzenia drzewami dróg komunikacyjnych ciąży.

Z Magistratu kr. gl. miasta. Kraków, dnia 17 lutego 1866.

L. 339 i 4174. E d y k t. (225. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Morskigo, że przeciw niemu p. Adolf Poller dnia 25 listopada 1865 do l. 22367 o zapłacenie sumy 121 zlr. z przyn. wniósł pozew, w załatwieniu tegoż pozwu do rozprawy sumarycznej wyznacza się termin na dzień 20 marca 1866 o godz. 10 rano.

Gdy miejsce pobytu pozwanego jest niewiadomem, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak równie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Geisslera, dodając mu zastępcę Dra. Schönborna kuratorem, nieobelegnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sumarycznego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyz. oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wyniknie z zamiedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 30 stycznia 1866

Nr. 1198. Edict. (226. 2-3)

Vom l. k. Krakauer Landesgerichte wird dem Hrn. David Tynberg mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn Mendel Fränkel ein Gesuch um Pränotirung der Wechselsumme pr. 520 fl. d. W. im Lastenstande der halben auf den 27. Theilen der Realität Nr. 164 Stdtb. VIII/175 Ode. X. zu Gunsten des David Tynberg intabulirten Summe pr. 1500 fl. d. W. angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber mit Beschluß vom 15. December 1865 3. 23552 die angeforderte Pränotirung bewilligt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten David Tynberg unbekannt ist, so hat das l. k. Landesgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Hrn. Dr. Koczynski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem l. k. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Verttheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben würde. Krakau, am 23. Jänner 1866.

L. 363. Obwieszczenie. (232. 1-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Zasowie czyni wiadomo, że przymusowa publiczna sprzedaż realności

kons. nr. 17 w Dąbrówce wisłockiej, Jakobowi Bartkowiczowi własnej, składającej się z domu mieszkalnego drewnianego, stodoły, takiej i gruntu 22 morgów, ciała tabularnego niemającej, dla zaspokojenia przez Maryę Bartkowiez wygranę sumy 121 zlr. 20 kr., 20 kr., 50 kr., 1 zlr. w. a. zezwoloną została, i że do sprzedaży tej trzy terminy, a to dzień 15 kwietnia, dzień 18 maja i dzień 22 czerwca 1866, każda raz o godzinie 10 przed południem w Dąbrówce wisłockiej przeznaczono, i że cena szacunkowa 837 zlr. a w. wynosi, która jest cena wywołania, i że gdyby tej ceny nikt nie dawał, niżej tej jednak dopiero przy trzecim terminie, ale nie niżej jak 363 zlr. 60 kr. w. a., albowiem tylko ta suma, za którą realność ta fanownie opisana jest, pokryta zostanie, sprzedana będzie.

Resztę warunków i akt oszacowania w registraturze tutejszej przejrzanę lub w odpisie wyjęte być mogą.

Z c. k. Sadu powiatowego. Zasów, dnia 12 lutego 1866.

Nr. 2830. Edict. (227. 2-3)

Vom Tarnower l. k. Kreis-Gerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe Joachim Frist gegen die liegende Nachlassmasse des Moses Glasmann wegen Zahlung der Wechselsumme von 600 fl. d. W. unterm 14. Februar 1866 3. 2830 Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 15. Februar 1866 der Zahlungsauftrag erlassen wurde.

Da die Erben dieses Wechselschuldners unbekannt sind, so hat das l. k. Kreis-Gericht zur Vertretung der liegenden Nachlassmasse auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Landesadvocaten Hrn. Dr. Jarocki mit Substituirtung des Landesadvocaten Hrn. Dr. Rosenberg als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die vermeintlichen Erben des Moses Glasmann erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem l. k. Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Verttheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Aus dem Rathe des l. k. Kreisgerichtes. Tarnow, den 15. Februar 1866.

3. 292. Edict. (229. 2-3)

Vom l. k. Bezirksgerichte in Wisnicz wird dem, dem Wohnorte nach unbekanntem Martin Supp, ehemaligen Gutspächter von Bytomsko Wisnizer Bezirkes, mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn Hrn. Laurenz Bergmann, dormaliger Gutselgenthümer von Lakta górna unterm 9. Februar 1866 3. 292 auf Zahlung von 310 fl. 7 kr. d. W. eine Executionsklage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 13. Februar 1866 3. 292 zur mündlichen Verhandlung die Tagfahrt auf den 18. Mai 1866 Vorm. hiegerichtes bestimmt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten bisher unbekannt geblieben ist, so hat das l. k. Bezirksgericht zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den Landesadv. Hrn. Dr. Kwiatkowski zu Bochnia mit Substituirtung des Landesadvocaten Hrn. Dr. Reines daselbst als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem l. k. Bezirks-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Verttheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Vom l. k. Bezirksgerichte. Wisnicz, am 13. Februar 1866.

Kais. kbn. privileg. galizische Carl Ludwig-Bahn.

Rundmachung. (224. 2-3)

Der gegenwärtig auf unserer Bahnstrecke sowohl zum allgemeinen als auch zum Militär-Gebühren-Tarife bestehende 5% Abguschlag, wird vom 1. März l. J. an für Frachten-Transporte ganz aufgelassen, dagegen für die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Gütern, dann des l. k. Militärs und der nicht als Fracht aufgegebenen Militär-Güter auf 2 1/2% herabgesetzt.

Von diesem Zuschlage bleiben auch ferner die Nebengebühren als: die allgemeine und besondere Versicherungsgebühr, die Prämien für Lieferzeit-Interesse-Versicherung, Lagerzins, Waggeld, Recepiffengebühr und Spesen-Provision befreit.

Wien, am 24. Februar 1866.

Der Verwaltungsrath.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 7 columns: Tag, Barom. Höhe auf Paris, Relative nach Reaumur, Feuchtigkeit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft. Rows for 27, 28, 29 Feb.

Edict. (230. 2-3)

Vom l. k. Bezirksgerichte in Wisnicz wird dem, dem Wohnorte nach unbekanntem Martin Supp, gewesenen Grundpächter von Bytomsko Wisnizer Bezirkes, mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn Hrn. Laurenz Bergmann, Eigenthümer der Güter Lakta górna wegen angeforderner Zahlung von 200 fl. d. W. unterm 9. Februar 1866 3. 293 die Executionsklage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zur summarischen Verhandlung dieses Rechtsstreites die Tagfahrt auf den 18. Mai 1866 Vormittags hiegerichtes bestimmt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten bisher unbekannt geblieben ist, so hat das l. k. Bezirksgericht zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den Landesadvocaten Dr. Kwiatkowski zu Bochnia mit Substituirtung des Landesadvocaten Dr. Reines von Bochnia als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem l. k. Bezirksgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Verttheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem derselbe sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

R. k. Bezirksgericht. Wisnicz, 13. Februar 1866.

L. 9. Ogłoszenie. (223. 3)

C. k. notaryusz jako komisarz sądowy w Bochni podaje niniejszemu do wiadomości, iż w sprawie Loebla Grünspan naprzeciw Amalii Nebenzahl o zapłacenie 2000 zlr. m. k. z przyn. odbędzie się wskutek uchwały c. k. Sadu krajowego w Krakowie z dnia 15 stycznia 1866 l. 799 sprzedaż licytacyjna ruchomości Amalii Nebenzahl, mianowicie płócien i towarów bławatnych w dniach 22 i 23 marca b. r. jako terminie pierwszym i w dniach 5 i 6 kwietnia b. r. jako terminie drugim w Bochni o godzinie 10 przed południem z tem, iż ruchomości te w terminie pierwszym tylko powyżej lub za cenę szacunkową, w terminie drugim zaś za każdą cenę sprzedane będą.

Bochnia, dnia 23 lutego 1866. Leonard Serafiński, c. k. notaryusz jako kom. sad.

Abgang und Ankuft der Eisenbahnzüge vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Table with columns: Abgang, Ankuft, and details of train routes between Krakau, Wien, Breslau, and other stations.

Anzeigebblatt.

Theodor Obraczay's Witwe. Brüderstraße Nr. 160 in Krakau. Vertreterin der Gräflich v. Larisch-Mönnich'schen vereinten Fabriken für Krakau und Umgegend, hält Lager von vorzüglichen Powidel und Schweizer Käse und empfiehlt sich zu geneigten Aufträgen. (210. 2-3)

Brustleidende erhalten auf portofreie Briefe an Herrn Schlodtmann in Heidelberg das natürliche Heilmittel der Lungenkrankheiten, ohne innerliche Medicin, franco zugesandt. (231. 1-4)

Getreide-Preise

auf dem letzten öffentlichen Wochenmarkte in Krakau, in zwei Gattungen classificirt.

Table with columns: Ausführung der Producte, I. Gattung (von bis), II. Gattung (von bis). Lists prices for various grains like winter wheat, rye, barley, etc.

Vom Magistrat der Hauptstadt Krakau am 27. Febr. 1866. Deleg. Bürgermeister Wisłocki. Magistrats-Rath Wisłocki. Markt-Kommissar Jeszierski.

Wiener Börse-Bericht vom 26. Februar.

Table with columns: A. Des Staates, B. Der Kronländer, Grundentlastungs-Obligationen, Aktien (vr. St.), Wechsel, 3 Monate, Bank (Blab.) Sconto, Cours der Geldsorten. Lists various financial data and exchange rates.